

# ROT H E U T E

Informationen aus der **SPD**-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

**SPD** LAND BREMEN  
BÜRGERSCHAFTSFRAKTION



## Verkehrspolitik

Bremen braucht leistungsfähige Infrastruktur  
Seite 2



## Kreativwirtschaft

Bremen spielt Bundesliga  
Seite 3



## Kitas

Keine GEMA-Gebühren für Kinderlieder  
Seite 3



## Krankenhäuser

Patientenrechte werden gestärkt  
Seite 4



**Wolfgang Jägers,**  
SPD-Bürgerschafts-  
abgeordneter und  
Regionalleiter  
Weser-Ems IG BAU

## Mindestlohn beugt Lohn- und Sozialdumping vor

Wenn im Mai dieses Jahres die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn greift, können Arbeitnehmer aus diesen EU-Ländern ohne Arbeitserlaubnis in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen. „Ein massives Lohndumping können wir nur dann verhindern, wenn endlich ein branchenübergreifender Mindestlohn kommt“, sagt der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Wolfgang Jägers. Ansonsten hätten die regionalen Betriebe vor Ort, die nach Tarif bezahlen, ein echtes Problem, Aufträge zu erhalten. Neben der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns, der ja für einzelne Branchen wie das Bauhauptgewerbe, das Dachdeckerhandwerk, das Maler- und Lackierer- und Gebäudereinigungshandwerk schon gilt, fordert Jägers schärfere Kontrollen. „Um die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben vor Ort effektiv überwachen zu können, braucht die Finanzkontrolle Schwarzarbeit als zuständige Behörde mehr Mitarbeiter.“

Viele reden vom Mindestlohn – die SPD wird ihn in Bremen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge weiter anheben: von 7,50 Euro auf 8,50 Euro.

„Wir haben die Grünen nach deren anfänglichen Bedenken von der Wichtigkeit überzeugen können“, so SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe. Gute Arbeit soll auch fair bezahlt werden. „Beschäftigte müssen von dem leben können, was sie in der Lohntüte haben. Es kann nicht angehen, dass wir öffentliche Aufträge vergeben und dann noch die Gehälter über staatlichen Transfer aufstocken“, erklärt Tschöpe. Zum anderen stellt sich die SPD mit der Erhöhung an die Seite der Unternehmen, die ihre Mitarbeiter fair bezahlen, meist sogar nach Tarif. „Ich bin sicher, dass allein die Einführung des Mindestlohns schon abschreckende Wirkung auf all diejenigen hat, die auf Kosten ihrer Mitarbeiter Profit machen wollen.“

Wer dennoch versucht, die im Tariftreue- und Vergabegesetz verankerten Standards betrügerisch zu umge-



Foto: Kalle Meyer, IG-BAU

hen, muss mit Kontrollen durch eine Bremer Sonderkommission rechnen. „Zudem bringen wir gerade ein Korruptionsregister auf den Weg, eine schwarze Liste für schwarze Schafe. Wer einmal darauf landet, erhält in Bremen keine öffentlichen Aufträge mehr“, erläutert Tschöpe. Dass die öffentliche Hand in Bremen vorangeht in Sachen Mindestlohn, ist auch ein klares Signal in Richtung Bundesregierung. „Derzeit haben sechs Bundesländer Tariftreue- und Vergabegesetze. Gemeinsam mit Rheinland-Pfalz sind wir das erste Bundesland, das den Spielraum nutzt, und den Mindestlohn den Preissteigerungen der letzten Jahre anpasst“, so der SPD-Fraktionschef. „Unser Ziel bleibt ein branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro für ganz Deutschland. Den blockieren CDU und FDP aber seit Jahren.“



Björn Tschöpe

## Warum 8,50 € Mindestlohn?

Nach fünf Jahren 7,50 Euro war es nun mehr als an der Zeit, die Mindestlohnforderung zu erhöhen. Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2010 wurde der Beschluss einstimmig gefasst. Die meisten europäischen Länder haben ihre gesetzlichen Mindestlöhne im Laufe der Jahre immer wieder erhöht. Bei unseren westeuropäischen Nachbarn liegt der durchschnittliche Mindestlohn bei 8,40 Euro. Am deutlichsten waren die Erhöhungen in Mittel- und Osteuropa mit einer Steigerung um bis zu 47,8%. Auch wenn die „Beträge“ in diesen Ländern niedrig sind (Estland: 1,33

Euro), so wird deutlich, dass diese Länder eindeutig eine Lohnuntergrenze ziehen. Wohin man heute in Deutschland auch schaut: Über die Branchen und Bundesländer hinweg werden Mindestlöhne debattiert und zum großen Teil befürwortet. Vor allem aus Furcht vor der osteuropäischen Niedriglohnkonkurrenz. Doch kaum ein Arbeitgeberverband ist bereit, sich für eine tatsächlich existenzsichernde Lohnuntergrenze einzusetzen. Immer wieder muss der Staat mit Leistungen aus Hartz IV (Aufstocker) eingreifen. Unterhalb eines Lohnes von 8,50 Euro bleibt man auch mit

einem Mindestlohn arm trotz Arbeit.

In Deutschland die Forderung „Recht auf ein gerechtes Entgelt“ umzusetzen, beginnt mit der Anhebung der Lohnuntergrenzen. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro ist ein Einstieg. Bei einigen Tarifgruppen, wie der Bewachung (6,32 Euro), der Leiharbeit (7,38 Euro), der Floristik (5,94 Euro) wäre dieser Einstieg zudem ein erheblicher Gewinn.

Gastbeitrag



Annette Düring, DGB-Vorsitzende Region Bremen-Elbe-Weser



## A 281 – Knoten durchgeschlagen



Jürgen Pohlmann,  
baupolitischer Sprecher der  
SPD-Bürgerschaftsfraktion

Nachdem die Planungen zum Weiterbau der A 281, Bauabschnitt 2.2, durch das Bundesverwaltungsgericht gestoppt worden sind, gab es kurz vor der 6. Sitzung des Runden Tisches in Bremen nun gute Nachrichten vom Bundesverkehrsministerium: Der Bund hat als Träger des Vorhabens in einem Gespräch mit dem Bremer Verkehrsminister deutlich gemacht: Er wird den Ringschluss der A281 wie zugesagt finanzieren. „Der Bund akzeptiert, dass auf die Querspange verzichtet wird, der sogenannte „Monsterknoten“ wird nicht wie geplant realisiert, sondern deutlich kleiner werden und durch die in Aussicht gestellte Finanzierung eines verlängerten Trogas bzw. Tunnels unter der Neuenlander Straße schaffen wir das, was wir uns alle vorgenommen hatten: Eine deutliche Reduzierung der Belastung der Anwohner und eine direkte Anbindung des Güterverkehrszentrums an die A1 über den Autobahnzubringer Arsten. Das ist ein gutes Ergebnis, weil es einen wirksamen Ausgleich zwischen Anwohner- und Wirtschaftsinteressen schafft“, sagt der baupolitische Sprecher Jürgen Pohlmann, der die SPD-Fraktion am Runden Tisch vertritt. Einen Wermutstropfen für Bremen hielt der Bund allerdings in Sachen 5. Bauabschnitt bereit, denn er signalisierte, dass er nur die wirtschaftlichste Lösung, sprich eine ebenerdige Strasse finanzieren werde. Die Deges, die als Projektgesellschaft den Autobahnbau insgesamt plant, ist nun beauftragt worden, die neue Trassenvariante zu prüfen. Der Runde Tisch wird die jüngsten Entwicklungen in seinen nächsten Sitzungen diskutieren.

## Bremen braucht leistungsfähige Infrastruktur

Gastbeitrag



Uwe Werner,  
Betriebsratsvorsitzender  
Mercedes-Benz / Bremen

Bremen ist eine Stadt, die wie jede andere auch ihren Individualverkehr leiten, lenken und täglich bewältigen muss. Aber Bremen ist auch eine Stadt, in der Autos produziert werden. Am Produktionsstandort von Mercedes Benz in Bremen arbeiten derzeit 12.500 Menschen. Weitere 30.000 bis 50.000 Arbeitsplätze sind direkt oder indirekt von der Autoherstellung abhängig. Dieser enorme Wirtschaftsfaktor beinhaltet zugleich große Herausforderungen für die Politik. Denn die Waage zwischen wirtschaftlicher Notwendigkeit, Pendlerströmen und Umwelt im Gleichgewicht zu halten, stellt sich oft als sehr schwierig dar. Dabei führt gerade die Frage der Umweltbelastung häufig zu großen Interessenkonflikten. Hierzu muss und wird die Automobilindustrie aufgrund der politischen Auflagen einen großen Beitrag leisten. Autos mit einem Co<sub>2</sub>-Ausstoß von über 200 Gramm pro gefahrenen Kilometer wird es in Zukunft nicht mehr geben. Sparsame Fahrzeuge mit Elektro- oder Hybridantrieben werden in Zukunft die Autotechnologie prägen. Das führt sicher nicht dazu, dass in Zukunft weniger Autos

auf den Straßen sein werden. Mit diesen neuen Technologien sollen in Bremen aber weiterhin technisch hochwertige Fahrzeuge gebaut werden. Und das wiederum heißt, es muss gewährleistet werden, dass durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für Pendler und Wirtschaftsströme die Erreichbarkeit der jeweiligen Zielorte möglich ist. Mit einem geschlossenen Autobahnring um Bremen herum könnte dieses und gleichzeitig eine Eindämmung der Durchgangsverkehre in Bremen erreicht werden. Allerdings wird es, wie in jeder anderen Stadt auch, bestimmte Trassen geben müssen, welche die Hauptströme in und aus der Stadt aufnehmen müssen. Hier kommt es entscheidend darauf an, die Interessen der Anwohner und der Verkehrsteilnehmer unter einen Hut zu bekommen. Die Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und verursacht Verkehrsaufkommen. Das führt zu Umwelteinflüssen und zu Einschränkungen im Lebensraum. Um das nötige Gleichgewicht hinzubekommen, ist politisches Fingerspitzengefühl gefragt.

## Weservertiefung – Fairer Ausgleich zwischen Wirtschaft und Umwelt

Die Weser ist Bremens Lebensader – für Tiere und Pflanzen und seit Jahrhunderten schon für die arbeitenden Menschen in Bremen und Bremerhaven. Seeschiffe mit ihrem immer größeren Tiefgang brauchen freie Fahrt, damit die Häfen florieren.

„Wir wissen, dass die ökonomische Notwendigkeit, jetzt die Weser zu vertiefen, auch ökologische Interessen berührt“, so der hafenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Frank Schildt. Im Koalitionsvertrag sei jedoch ein fairer Ausgleich zwischen Wirtschaft und Umwelt vereinbart worden.

Die Außen- und Unterweser soll bis Bremen um maximal einen Meter vertieft werden – ein 40-Millionen-Euro-Projekt. Umweltschützer fürchten indes einen massiven Eingriff in Flora und

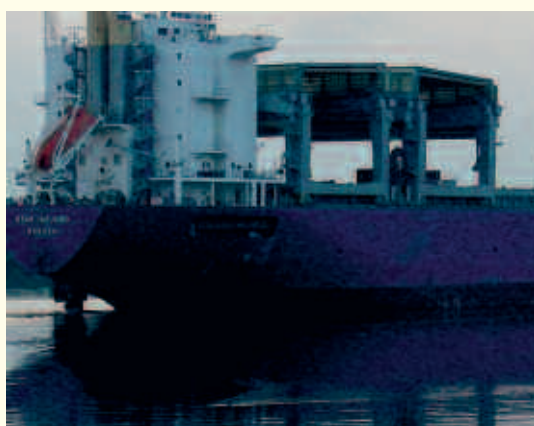


Foto: S. Skiba

Fauna und die fortschreitende Versalzung der Wesermarsch.

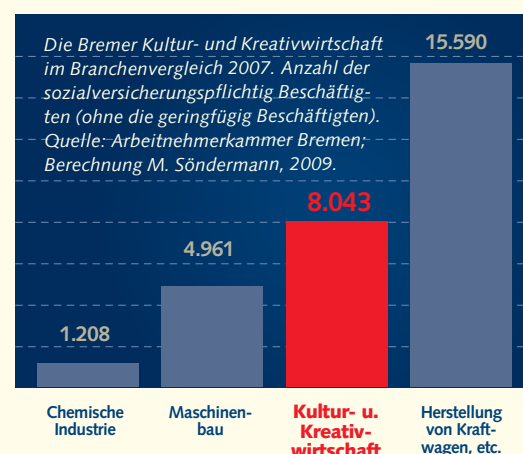
„Kaum ein anderes Vorhaben ist so sorgfältig vorbereitet worden wie die Weservertiefung“, sagt Schildt. Für mögliche Umweltfolgen gebe es Ausgleichsmaßnahmen – etwa die Ausdeichung von Sommerpoldern, die Aufwertung flacher Seitenzonen oder die naturnahe Gestaltung der Weser auch im stadtbremischen Gebiet.

Dass ein Umweltverband nun gegen die Vertiefung klagen wolle, sei dessen gutes Recht, so der Abgeordnete. „Ich gehe aber fest davon aus, dass Bremen sein Einvernehmen zu diesem Bundesprojekt erklären wird.“



Frank Schildt,  
hafenpolitischer Sprecher der  
SPD-Bürgerschaftsfraktion

## 2. Liga? Bremer Weg ist Vorreiter in der Bundesliga!



Die Maßnahmen und Erfolge Bremens zur Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft erfahren derzeit in Fachkreisen eine große positive Resonanz. Es kommt nicht selten vor, dass Berliner und Hamburger Wirtschaftsförderer voller Anerkennung öffentlich vom „Bremer Weg“ sprechen. Denn in Bremen ist es gelungen, die vielen Akteure – die häufig jenseits der etablierten Strukturen agieren – zu erreichen sowie die Potenziale für ihre eigene unternehmerische und

die Entwicklung des Standortes zu erschließen. Bremen hat die richtigen Zutaten, denn hier gibt es viele unternehmerische Kreativ-Initiativen und fachübergreifende städtische Maßnahmen mit hohem Engagement aller „Betroffenen“ und mit Blick über den Tellerrand. Bremen kocht mit den richtigen Rezepten, denn der „Bremer Weg“ – die Beteiligung und Umsetzung der Maßnahmen durch die Kreativ-Akteure selbst – gilt als Erfolgsrezept. Die Betonung auf WIRTSCHAFT – die unternehmerische Haltung und individuelle Begleitung mit der Offenheit für „Schräges“ und



Christoph Backes  
www.ideenlotsen.de

Neues als Ausgangspunkt für wirtschaftliche Innovationen – gilt als Erfolgsschlüssel. Die Akteure schaffen Gemeinsames und setzen sich für übergeordnete Interessen ein. Der richtige Zeitpunkt, denn der „Bremer Weg“ erhält Impuls und Aktivierung durch die Wirtschaftsförderung. Will Bremen langfristig Bundesliga spielen? Als Innovationsstandort für kreative Unternehmer mit einer Profilierung auf Prozesse, Projekte, Personen und Plätze könnte Bremen an nationaler und internationaler Sichtbarkeit gewinnen. Solange es auch in Zukunft weiterhin aus den bestehenden zarten Pflanzen mehrere Bäume wachsen lässt! Dazu wird zukünftig noch mehr Bremer Mut und Entschlossenheit benötigt, denn diese Branche „tickt“ anders als andere Branchen – sie ist schneller und innovativer.

Gastbeitrag



Foto: F. Strangmann

## Krankenversicherung für Solo-Selbständige

Gut zwei Millionen Menschen sind derzeit in Deutschland selbstständig tätig und haben keine weiteren Angestellten. Diese so genannten Solo-Selbständigen finden sich besonders häufig in kreativen Branchen wie Medien, Bildung und Kultur.

„Ihre Einkünfte liegen oft unter den Tarifentgelten vergleichbar tätiger Arbeitnehmer. Auch Existenzgründer sind – bis sie sich am Markt etabliert haben – zunächst oft Geringverdienende. In dieser Lage empfinden manche der Betroffenen Krankenversicherungs- und Altersvorsorgebeiträge als unrealistisch, zumal sie, anders als Angestellte, den gesamten Beitrag selbst tragen müssen“, so die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Sybille Böschen. Gemeinsam mit ihren KollegInnen Helga Ziegert und Sükrü Senkal hat sie



Sybille Böschen,  
wissenschaftspolitische  
Sprecherin der SPD-  
Bürgerschaftsfraktion

deshalb eine Initiative auf den Weg gebracht, die zum Ziel hat, den Krankenkassen wieder zu ermöglichen, bei Solo-Selbständigen mit geringen Einkünften die Beitragshöhe sowie die Zahlungsmodalitäten für einen begrenzten Zeitraum deren tatsächlicher Leistungsfähigkeit entsprechend zu gestalten. Darüber hinaus soll geprüft werden, wie die für den Mindestbeitrag

zur Krankenversicherung geltenden Bezugsgrößen so differenziert werden können, dass sie der tatsächlichen Einkommenssituation dieser Versicherten entsprechen. Und es soll geklärt werden, ob und ggf. wie für diese Erwerbstätigengruppe die Beitragssätze reduziert bzw. Auftraggeber zur Mitfinanzierung der Krankenversicherung herangezogen werden können. „Da diese Fragen nur durch den Bundesgesetzgeber geklärt werden können, soll Bremen eine diesbezügliche Bundesratsinitiative starten“, so Böschen.

## Kitas: Singen nur mit GEMA-Gebühren?

Wenn Kinder singen, denken sie nicht an Urheberrechte. Auch die Kita-Leitungen sahen bislang nichts Illegales im trällernden Vorschulkind. Deshalb war die Aufre-

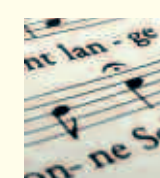


Foto: M. Haase

gung groß, als die GEMA (Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte) bundesweit 36.000 Kitas anschrieb – und zur Zahlung für Lieder- und Notenkopien aufforderte. Auch in Bremen. Dabei sind die zusätzlichen Kosten nur ein Teil des Problems. Für bis zu 500 Kopien etwa werden jährlich 56 Euro fällig. Es geht aber auch um den Verwaltungsaufwand. Die Kindergärten müssen jeweils einzelne Verträge mit der VG Musikedition abschließen. Jede Kopie muss genau erfasst werden. Immerhin: Sogenanntes „Volks-gut“ ist kostenfrei.

„Die Erzieherinnen und Erzieher sollen sich um die Kinder kümmern – und nicht um noch mehr

Bürokratie“, sagt Rainer Hamann, Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Medienpolitik. Kopien seien für die Kitas unverzichtbar als Alternative zur Beschaffung von Büchern. Hamann: „Das Urheberrecht macht die Sache aber enorm kompliziert. Dieses Recht ist Bundessache – hier ist also der Bundesgesetzgeber gefragt.“ Eine Rahmenvereinbarung wäre ein erster Schritt, um Bürokratie und zusätzliche Kosten für die Kitas zu vermeiden. „Wir prüfen deshalb eine Initiative zur generellen Befreiung von Kitas in diesem Bereich“, so der SPD-Politiker.



Rainer Hamann,  
medienpolitischer  
Sprecher der SPD-  
Bürgerschaftsfraktion



**Mittwoch, 09.03.2011**  
**19:00 bis 21:00 Uhr**  
*Regionalwirtschaftliche Effekte der Wissenschaftslandschaft in Bremerhaven – Einführung*  
Ort: Hochschule Bremerhaven

**Donnerstag, 10.03.2011**  
**19:30 bis 21:00 Uhr**  
*Zwischen iPad und Pirate Bay – Kulturflatsrate als Lösung?*  
Ort: Café Ambiente, Osterdeich 69 a, 28205 Bremen

**Montag, 21.03.2011**  
**17:30 bis 19:30 Uhr**  
*Bürgerbeteiligung - Miteinander Bremen gestalten*  
Ort: Haus der Bürgerschaft, Festsaal

**Mittwoch, 23.03.2011**  
**19:00 bis 21:00 Uhr**  
*Wissenschaftseinrichtungen in Bremerhaven stellen sich vor*  
Ort: Hochschule Bremerhaven

**Donnerstag, 31.03.2011**  
**16:00 bis 20:00 Uhr**  
*Von der Kita bis ins Alter: Menschen aus aller Welt - Zuhause in Bremen*  
Ort: Haus der Bürgerschaft

**Immer für Sie da...**  
**SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen**

Wachtstr. 27/29 · 28195 Bremen  
Telefon: 0421 - 33 677 0  
spd-fraktion@spd-bremen.de  
www.spdfraktion-bremen.de

**V.i.S.d.P. André Städler**  
Redaktion: Stephanie Dehne  
Milko Haase  
Knut Köstergarten  
Gestaltung: Stefan Skiba  
Druck: Meiners Druck OHG

## Bremen meets St. Pauli



Foto: Fraktion

St. Pauli gilt als schillerndster unter den Stadtteilen Hamburgs – und ist einer der ärmsten. Zugleich ziehen die Mieten an, weil es als schick gilt, hier zu wohnen. In diesem widersprüchlichen Quartier hat die GWA St. Pauli ihren Sitz, eine anerkannte Einrichtung der Stadtteilkultur. Dort waren jetzt die SPD-Kulturdeputierten zu Gast, um Erfahrungen auszutauschen.

Die GWA bietet ein auf den Stadtteil ausgerichtete Programm mit Kultur, Beratungs- und Freizeitangeboten. Ihr Stadtteilzentrum Kölibri ist eine Institution, die den Bremer Bürgerhäusern ähnelt. Seit 1989 gibt es dort zahlreiche Angebote, wie das Lesecafé, den Deutschkurs, den Frühstückskreis für Migrantinnen, den Familientreff, kulturelle Veranstaltungen und vieles mehr. Sükrü Senkal, kulturpolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion: „Wir wollten über den 'Tellerrand' schauen und uns ein Bild davon machen, wie in St. Pauli die Vernetzung im Stadtteil funktioniert und auch, wie sich die Arbeit angesichts sinkender öffentlicher Förderung verändert.“ Für die Gesprächspartner von der Elbe indessen seien auch die Bremer Erfahrungen mit dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) sehr interessant gewesen.

Bei ihrer Exkursion informierten sich die Kulturdeputierten außerdem in der HafenCity über die Integration von Kultureinrichtungen in den neuen Stadtteil sowie über den Stand der Arbeiten an der Elbphilharmonie.

## Wohnprojekte für ältere Mieter

Was braucht es an Infrastruktur und Angeboten in den Stadtteilen, damit ältere Menschen dort selbstbestimmt wohnen, leben und sich einbringen können? „Das wollen wir jetzt exemplarisch am Beispiel Huchting herausarbeiten und planen dazu für März eine Veranstaltung im dortigen Bürger- und Sozialzentrum. Wohnen im Alter ist gerade angesichts des demografischen Wandels ein wichtiges Thema. Es gilt, dabei vor allem auf die sich bietenden Chancen zu schauen“, sagt die

sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Karin Garling. Die SPD will Wohnungsbaugesellschaften dazu ermuntern, gemeinschaftliche Wohnprojekte für ältere Mieter auf den Weg bringen. „Das bietet den Einzelnen neue Chancen länger zuhause zu wohnen, soziale Kontakte und bezahlbare ambulante Betreuung“, weiß Garling. „Wir müssen Senioren mehr Alternativen bieten, als alleine zu wohnen oder ins Altenheim zu gehen.“ So könnten sich auch Generationen übergreifend neue Netzwerke bilden, meint die SPD-Sozialpolitikerin. „Ältere könnten Kinder betreuen, und deren Eltern könnten für die Senioren einkaufen oder ihnen bei Behördengängen helfen.“

**Karin Garling,**  
sozialpolitische  
Sprecherin der **SPD**-  
Bürgerschaftsfraktion

## Im Mittelpunkt stehen die Patienten – nicht der Gewinn

Krankenhäuser sind wichtige Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. „Für uns stehen die Bedürfnisse und Rechte der Patienten im Mittelpunkt – nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung“, sagt Winfried Brumma, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Deshalb sieht das neue Bremer Krankenhausgesetz einerseits eine verbindliche Absicherung der Qualität in allen Häusern vor und andererseits zielt es auf eine Stärkung der Patientenrechte. „Wir reagieren damit auf die veränderten Rahmenbedingungen mit der Einführung der Fallpauschalen,



Foto: Gesundheit NORD

die den Wettbewerb der Kliniken verschärft haben“, erläutert der SPD-Gesundheitspolitiker. In jedem Krankenhaus soll es künftig mindestens einen Patientenführer geben, der als unabhängiger Dritter dafür sorgt, dass die Versorgung und Betreuung weiter verbessert und akute Probleme sofort gelöst werden. „Auch die Auskunftsrechte der Patienten wollen wir stärken“, sagt Brumma. Im Sinne der Qualitätssicherung werden zudem das Entlassungsmanagement zur Pflichtleistung und die bisherige, vorbildliche Hygieneverordnung in eine verbindliche Gesetzesform gegossen. Letzteres gilt auch, so Brumma, für die ganz wichtige 24-stündige Notfallbereitschaft mit Facharztstandard.

**Winfried Brumma,**  
gesundheitspolitischer  
Sprecher der  
**SPD**-Bürgerschafts-  
fraktion